

Bekanntmachung UVgO: Standsicherheitsprüfung Straßenbeleuchtung

Vergabenummer	2026-06-25_SD
Bezeichnung	Standsicherheitsprüfung Straßenbeleuchtung
Art der Vergabe	Öffentliche Ausschreibung
Vergabe- und Vertragsordnung	UVgO
Art des Auftrags	Dienstleistung

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Stadtverwaltung Titisee-Neustadt
Kontaktstelle	Philipp Ambs
Zu Händen	Philipp Ambs
Postanschrift	Pfauenstraße 2-4
Ort	79822 Titisee-Neustadt
Telefon	+49 7651206202
E-Mail	vergabe@titisee-neustadt.de
URL	https://www.titisee-neustadt.de

Bei Vergabe im Namen und
für Rechnung

Beabsichtigte Leistungen im Namen und für Rechnung:
Rechnungen sind ausschließlich an folgende Adressen zusenden:

- Elektronisch:
rechnungen@titisee-neustadt.de

- In Papierform:
Stadtverwaltung Titisee-Neustadt
Pfauenstraße 2-4
79822 Titisee-Neustadt

Adresse der den Zuschlag erteilenden Stelle

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Auftragsgegenstand

Leistungsbeschreibung

Art der Leistung	Standsicherheitsprüfung Straßenbeleuchtung
Umfang der Leistung	Gegenstand dieses Leistungsverzeichnisses ist die Durchführung der Standsicherheitsprüfung von ca. 1.600 Straßenbeleuchtungsmasten inkl. visueller und messtechnischer Prüfung, Bewertung nach Ampelsystem, Dokumentation, Verkehrssicherung sowie Berichterstattung im Rahmen eines 6-jährigen Prüfzyklus. Ausführungsort: 79822 Titisee-Neustadt. Ziel der Maßnahme ist die Sicherstellung der Verkehrssicherheit sowie der dauerhaften Standsicherheit aller Beleuchtungspunkte gemäß den einschlägigen technischen Regelwerken und Normen (u. a. DIN EN 40, DIN EN 1993, DGUV Vorschrift 3). Die Ausführung der Maßnahme ist für die Stadtteile Waldau, Rudenberg, Titisee und Neustadt.

Die Leistungen umfassen sowohl visuelle als auch messtechnische Prüfungen einschließlich Dokumentation, Bewertung und Handlungsempfehlungen. Die Prüfungen erfolgen auf Grundlage einer durch den Auftraggeber bereitgestellten Mastliste und sind über einen definierten Prüfzyklus von sechs Jahren (01/2027 bis 12/2032) umzusetzen.

Der Auftragnehmer arbeitet eigenverantwortlich unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften zur Verkehrssicherung sowie aller rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Arbeitsausführung, insbesondere im öffentlichen Verkehrsraum, liegt in der Verantwortung des Auftragnehmers.

Erfüllungsorte

Haupterfüllungsort

Bezeichnung Stadt Titisee-Neustadt
Postanschrift Unterschiedliche Postanschriften
Ort 79822 Titisee-Neustadt

Ausführungsfristen

Dauer (ab Auftragsvergabe) Beginn 04.01.2027, Ende 24.12.2032

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	16.07.2026
Angebotsfrist	20.07.2026 10:30 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	19.08.2026

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode Niedrigster Preis

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- 633 (Angebotsschreiben - Liefer-/Dienstleistungen) (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Eigenerklärung Informationen zum Bieter-DE (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Formblatt "VHB 233_235 Verzeichnis_Nachunternehmerleistungen_Eignungsleiher-TN (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Formblatt "VVB 124 Eigenerklärung zur Eignung" LD (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Formblatt "VVB 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" (mittels Eigenerklärung vorzulegen): (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Leistungsverzeichnis mit den Preisen (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Referenznachweise, Seite 1&2 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Referenzbescheinigungen zu 3 vergleichbaren Leistungen (Formblatt 444 Seite 1 und 2).

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Formblatt "VVB 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Verpflichtungserklärung zur Einhaltung ILO-Kernarbeitsnormen (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Verpflichtungserklärung_LTMG_Verkehr (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Gewerbean- bzw. ummeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (mittels Dritterklärung vorzulegen): als Fotokopie oder Scan, aktuell

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung / Berufshaftpflichtversicherungsdeckung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Vorlage einer Versicherungsbestätigung (Versicherungspolice) über das Vorliegen einer Betriebs-/ Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio EUR für Personenschäden, 1,5 Mio EUR für sonstige Sachschäden und 1,5 Mio EUR für Vermögensschäden jeweils je Schadensfall. Gültigkeit mindestens für das laufende Kalenderjahr.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (mittels Dritterklärung vorzulegen): als Fotokopie oder Scan, gültig und nicht älter als 6 Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist (mittels Dritterklärung vorzulegen): als Fotokopie oder Scan, gültig und nicht älter als 6 Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung erstellt (mittels Dritterklärung vorzulegen): als Fotokopie oder Scan, gültig und nicht älter als 6 Monate

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Referenznachweise, Seite 3 (Bestätigung des Referenzgebers) (mittels Dritterklärung vorzulegen): Vorlage von Referenzbescheinigungen zu 3 vergleichbaren Leistungen (444_Referenzbescheinigung, Seite 3 - Bestätigung des Referenzgebers).

Auflagen zur persönlichen Lage

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung zu überprüfen

1. Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. mittels beiliegendem Formblatts: 124-Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben.
2. Eintrag in das Berufs-, Handels- Vereins-, Partnerschafts- oder Genossenschaftsregister oder Register gleichwertiger Art - je nach Rechtsform und Eintragungspflicht, mittels beiliegendem Formblattes: 124-Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben.
3. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation mittels beiliegendem Formblattes: 124-Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben.
4. Verpflichtungserklärung nach § 5 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg. Mittels beiliegender Verpflichtungserklärung bestätigen. (wenn der Auftragswert 20.000 EUR überschreitet).
5. Angaben zur Zahlung von Steuern, mittels beiliegendem Formblatts: 124-Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben.
6. Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung, mittels Formblatts: 124-Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben.
7. Angabe, dass keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§123,124 GWB, ggf. Selbstreinigung nach §§ 125, 126 GWB, mittels Formblatts: 124- Eigenerklärung zur Eignung, anzugeben und mittels beiliegenden Formblatts: Nicht Vorliegen von Ausschlussgründen nach GWB.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur wirtschaftlichen und finanziellen

1. Vorlage einer Versicherungsbestätigung (Versicherungspolice) über das Vorliegen einer Betriebs-/ Berufshaftpflichtversicherung, mittels Formblatts: 124-Eigenerklärung zur Eignung zu bestätigen und Versicherungsbescheinigung beizufügen.

Leistungsfähigkeit zu
überprüfen

2. Angaben zum Gesamtumsatz und Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre sofern entsprechende Angaben vorhanden/verfügbar sind (z.B. bei Newcomern)

Vorzulegende Nachweise:

- Betriebs- /Berufshaftpflichtversicherung: Vorlage einer Versicherungsbestätigung (Versicherungspolice) über das Vorliegen einer Betriebs-/ Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 1,5 Mio EUR für Personenschäden, 1,5 Mio EUR für Sachschäden und 1,5 Mio EUR für Vermögensschäden jeweils je Schadensfall. Gültigkeit mindestens für das laufende Kalenderjahr.
- Erklärung des Bewerbers/Bieters, ob eine Jahreshöchstleistung besteht und inwieweit dieser Betrag bereits ausgeschöpft ist

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur technischen Leistungsfähigkeit zu überprüfen

Drei Referenzen für ganz oder in Teilen vergleichbare Aufträge der letzten drei Kalenderjahre mit Angabe der jeweiligen Auftraggeber sowie Ausführungen zu Leistungsgegenstand, Umfang und Zeit. Mittels Formblatt Eigenerklärung zur Eignung einzureichen.

Bedingungen für den Auftrag

Geforderte Kautionen und Sicherheiten

-

Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

-

Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Nein

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Nein

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand

Nein

Elektronisch

Ja, mittels Vergabemarktplatz "vergabeportal-bw (kommunal)"

URL zu den Auftragsunterlagen

<https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYSW8YYXPT/documents>

Zusätzliche Angaben über die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und der Zugriffsmöglichkeit auf die Vergabeunterlagen

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Beginn der Angebotsöffnung 20.07.2026 10:45 Uhr

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote	Elektronisch in Textform
URL zur Abgabe elektronischer Angebote	https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYTW8YYXPT
Zugriff auf Preisdokumente bis zur manuellen Freigabe während der Angebotsprüfung/-wertung sperren (Zwei-Umschlags-Verfahren)	Nein
Eingabemöglichkeiten zu Angebotspreisen für Unternehmen innerhalb des Bieterools sperren	Nein

Weitere Anforderungen an Angebote

Angebote sind in Form von elektronischen Katalogen einzureichen oder müssen einen elektronischen Katalog enthalten.	Nein
Forderung von Proben und Mustern	Nein

Besondere Anforderungen zu Unterauftragnehmern

Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei der Angebotsabgabe anzugeben.	Nein
--	------

Nebenangebote

Nebenangebote	werden nicht zugelassen.
---------------	--------------------------

Verfahren/Sonstiges

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber	<ul style="list-style-type: none">- Es erhält der Bieter den Zuschlag, welcher -bei nachgewiesener Eignung- und Leistungsfähigkeit-das wirtschaftlichste Angebot abgibt. Das Wertungskriterium zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ist zu 100% der Angebotspreis unter Berücksichtigung eines ggf. gewährten Skontos.- Zur Angebotsauswertung wird um die Übersendung der Angebotsdatei im PDF bzw. GAEB - Format "X84, D84" gebeten.- Vorbehalt der Aufhebung der Vergabe; wenn kein wirtschaftliches Ergebnis (Angebotssumme>20% über der Kostenschätzung) erzielt werden - Bitte beachten Sie, dass der öffentliche Auftraggeber im Rahmen der Ex-post-Bekanntmachung ggf. auch den Auftragswert veröffentlicht. - Grundsätzlich erfolgt die Kommunikation über das Vergabeportal VMPCconnector: https://www.dtv.de/Center, über die Funktion "Kommunikation" und in deutscher Sprache.-Mit der Freischaltung für dieses Vergabeverfahren auf der Vergabepattform verpflichten Sie sich, das Nachrichtenpostfach des Vergabeportals für den Empfang rechtserheblicher Erklärungen in diesem Vergabeverfahren zu nutzen. Etwaige abweichende Mitteilungen/ Informationen des Portalbetreibers sind unerheblich.
--	--

- Angebote dürfen ausschließlich verschlüsselt (über das Biertool) eingereicht werden.
Angebote, die per E-Mail oder über die Funktion Kommunikation eingehen, werden aufgrund der Nichteinhaltung der Form gemäß § 16 Absatz 1 Nr. 2 VOB/A ausgeschlossen.
Zur Angebotsauswertung wird um die Übersendung der Angebotsdatei im GAEB-Format "84" gebeten.
- Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten.
- Der Auftraggeber behält sich die Anwendung von §§ 123, 124 GWB vor.
- Mit Abgabe eines Angebots verzichten die Bieter auf die Geltendmachung entstandener sowie evtl. entstehender Kosten. Der unterlegene Bieter erteilt bereits mit Abgabe des Angebotes seine Zustimmung dazu, dass das WM seine sämtlichen Angebotsunterlagen einer datenschutzgerechten Vernichtung zuführt, sollte der unterlegene Bieter nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Ablauf der Zuschlagsfrist die Herausgabe der Unterlagen ausdrücklich verlangen. Die Kosten der Rücksendung hat der Bieter zu tragen.
- Bitte beachten Sie, dass der öffentliche Auftraggeber im Rahmen der Ex-post-Bekanntmachung ggf. auch den Auftragswert veröffentlicht.
- Der Auftraggeber teilt auf Antrag den Bietern die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebotes mit. Daneben werden auch die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes und der Name des erfolgreichen Bieters angegeben, vgl. § 46 UVgO/§ 19 VOB/A - Abschnitt 1/§ 62 VgV .
- Sofern bereits im Angebot Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen, vgl. § 46 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 30 Abs. 2 UVgO/§ 39 VgV/§ 12 VOB/A . Ein Angebot gilt als nicht berücksichtigt, wenn bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist kein Auftrag erteilt wurde. Der Auftraggeber behält sich die teilweise oder vollständige Aufhebung des Vergabeverfahrens vor. Die Aufhebung wird den Bietern elektronisch mitgeteilt.
- Gemäß § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber nach § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 30 000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind.
- Gem. DSGVO Art. 6 Abs. 1 b werden im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellte, auch personenbezogene Informationen und Daten erfasst, organisiert, gespeichert, verwendet und gelöscht.
Nach Abschluss des Vergabeverfahrens, des Förder- und Rechnungsprüfungsverfahrens und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht.
- Der Bieter hat - auch nach Beendigung der Angebotsphase und Nichtzustandekommen des Vertrages - über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen vertraulichen Daten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Unter vertraulichen Daten sind insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie auch sämtliche Kenntnisse, die im Rahmen von Ausschreibungen, Vorarbeiten von Ausschreibungen oder Teststellungen erlangt werden, wie zum Beispiel die Daten der teilnehmenden Bieter, deren Preise, angebotene Geräte, Dienstleistungen oder Ähnliches, zu zählen. Er hat hierzu auch

die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Insbesondere dürfen die Vergabeunterlagen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Ein grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstoß des Bieters gegen die Verschwiegenheitspflicht führt zum Ausschluss vom Verfahren und verpflichtet zudem zum Ersatz aller hieraus erwachsenden Schäden.

- Eine (auch auszugsweise) Weitergabe solcher Unterlagen an Dritte ist nicht gestattet.

Auch für den Fall, dass Sie sich nicht an der Ausschreibung beteiligen, sind Sie verpflichtet, über sämtliche Details Verschwiegenheit zu wahren und die Unterlagen ggf. dauerhaft und nicht wiederherstellbar zu vernichten.

- Abweichende AGB's des Bieters entfalten keine rechtlichen Wirkungen" (BGH, Ur. v. 18.06.2019 - X ZR 86/17).

Bekanntmachungs-ID

CXS0YBXYTW8YYXPT